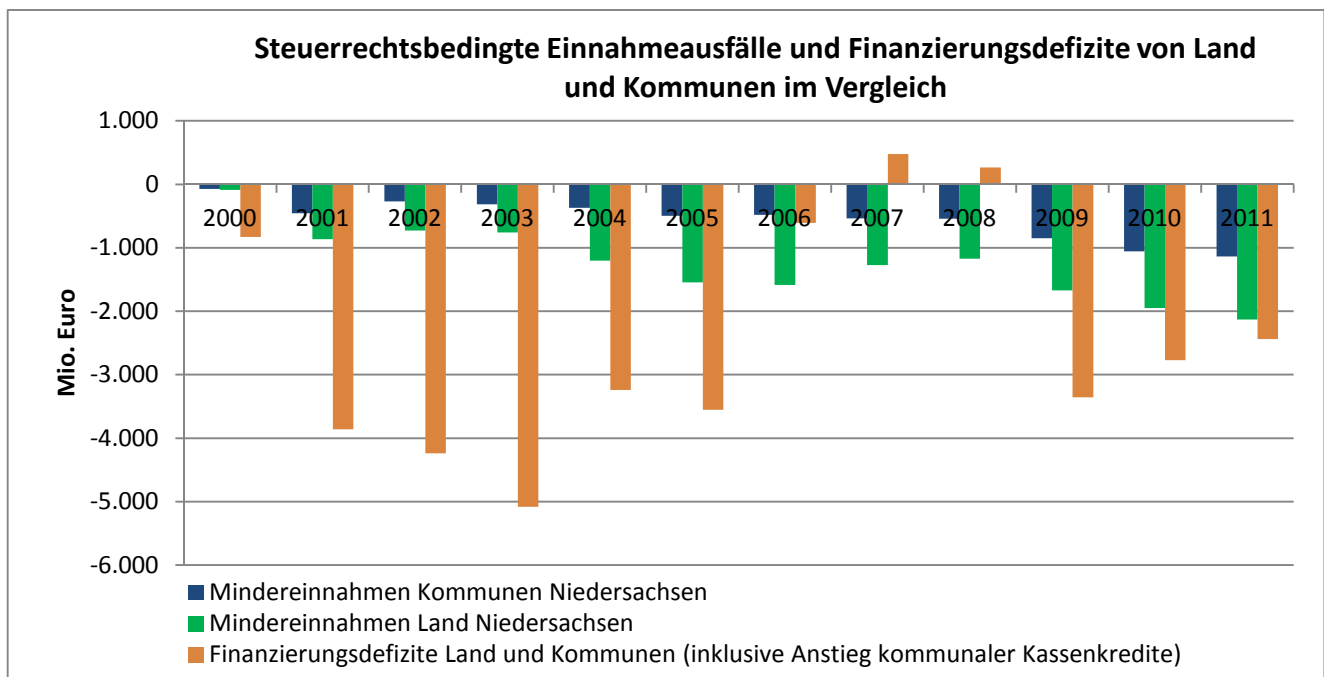


Kurzfassung des Gutachtens

Auswirkungen der Steuerpolitik des Bundes seit 1998 sowie der aktuellen steuerpolitischen Forderungen der Partei DIE LINKE auf die Landes- und Kommunalfinanzen in Niedersachsen

Die Steuerrechtsänderungen seit 1998 verursachen im Jahr 2012 beim Land im Saldo Mindereinnahmen von rund 2 Mrd. Euro. Bei den Kommunen sind Mindereinnahmen von knapp 1,1 Mrd. Euro zu verzeichnen. Hauptursächlich für diese massiven Ausfälle sind die enormen Entlastungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer der 1. Regierung Schröder (1998 bis 2002). Ohne Korrekturen der 2. Regierung Schröder (2002 bis 2005), die insbesondere den Kommunen zu Gute kamen, und ohne die Umsatzsteuererhöhung der 1. Regierung Merkel (2005 bis 2009) läge die Verschuldung im Jahr 2012 noch weit höher. Durch die Unternehmensteuerreform 2008, die Konjunkturpakete I (2008) und II (2009) sowie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz (2009) wurden diese Mehreinnahmen weitgehend nivelliert. Insbesondere die Steuerreform 1999/2000, die Umsatzsteuererhöhung, die Unternehmensteuerreform 2008 und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entfalteten eine regressive Verteilungswirkung, d.h. sie vergrößerten die ökonomische Ungleichheit.

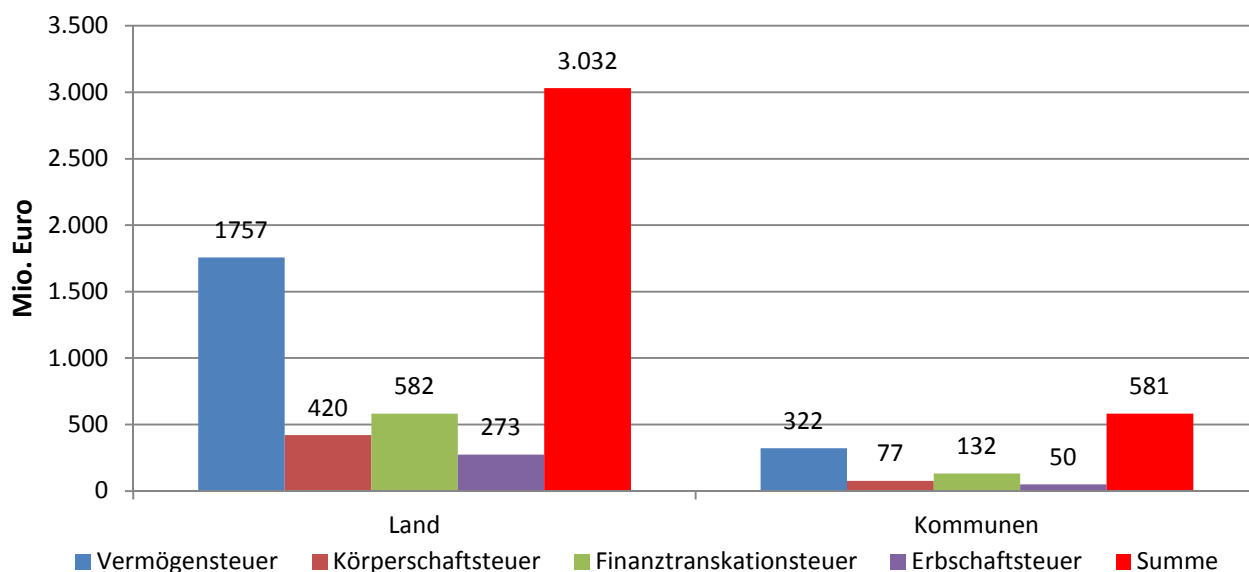
Die Mindereinnahmen für den Landeshaushalt summieren sich seit 2000 auf 17 Mrd. Euro, bei den Kommunen auf 7,7 Mrd. Euro. Ohne diese Mindereinnahmen und unter Einberechnung des Zinseffekts läge die Landesverschuldung im Jahr 2012 bei 35,9 Mrd. Euro statt 56,8 Mrd. Euro. Die Gesamtbelastung des Landeshaushalts durch die Steuerrechtsänderungen seit 1998 liegt im Jahr 2012 unter Berücksichtigung der Zinslasten bei 2,6 Mrd. Euro. Bei einer alternativen Steuerpolitik des Bundes hätte Niedersachsen demnach im Jahr 2012 – bei einer erwarteten Neuverschuldung von 0,7 Mrd. Euro – 1,9 Mrd. Euro mehr verausgaben können, ohne neue Schulden aufnehmen zu müssen. Bei den Kommunen in Niedersachsen ergibt bei Einbeziehung der Zinslasten im Jahr 2012 ein Effekt von 9,2 Mrd. Euro. Dies sind über 4 Milliarden mehr als die gesamten aktuellen Kassenkredite der Kommunen in Höhe von 5,1 Mrd. Euro und mehr als die Summe der Sachinvestitionen aller Kommunen der Jahre 2007 bis 2011.



Zudem werden die Einnahmeeffekte von vier steuerpolitischen Forderungen der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Niedersachsen auf den Landes- und Kommunalhaushalt untersucht. Nach Verrechnung im Länderfinanzausgleich und unter Berücksichtigung des kommunalen Finanzausgleichs sind beim Land Mehreinnahmen von 3.022 Mio. Euro und bei den Kommunen von 581 Mio. Euro zu erwarten. Den größten Anteil hieran hätte die Vermögensteuer mit einem Steuersatz von 1% ab 500.000 Euro Nettovermögen (Land 1.757 Mio. Euro; Kommunen 322 Mio.

Euro). Von der Vermögensteuer der LINKEN wären 1,4 Mio. Personen betroffen. Dies entspricht 2,3% der Abgabepflichtigen. Die Erhöhung des Steuersatzes bei der Körperschaftsteuer von 15% auf 25% brächte dem Land 420 Mio. Euro und den Kommunen 77 Mio. Euro. Die unilaterale Einführung einer Finanztransaktionsteuer in Deutschland, bei der die Einnahmen analog der Umsatzsteuer auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt werden, erhöht die Einnahmen des Landes um 582 Mio. Euro und die der Kommunen um 132 Mio. Euro. Bei einer Reform der Erbschaftsteuer sind Mehreinnahmen von 273 Mio. Euro (Land) und 50 Mio. Euro (Kommunen) zu erwarten. Alle vier Forderungen entfalten progressive Verteilungseffekte, mindern demnach die seit 1998 rasant zugenommen Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen

Einnahmeneffekte der steuerpolitischen Forderungen der LINKEN in Niedersachsen für Land und Kommunen



Alternative Entwicklung der Landesschulden

